

Bundesanwälte prüfen Verfahren gegen Irans Staatsführung

Geflohener iranischer Geheimdienstchef will im
„Mykonos“-Prozeß Verantwortliche nennen

BERLIN (eid). Die Aussagen des iranischen Ex-Staatspräsidenten Banisadr im Mykonos-Prozeß sorgen in Teheran für Aufruhr. Der Chef der iranischen Justiz, Ayatollah Jasdi, forderte die deutsche Justiz auf, „ihre Glaubwürdigkeit nicht durch politische Einflüsse“ aufs Spiel zu setzen. Die Bundesanwaltschaft prüft, ob gegen den iranischen Staatspräsidenten Rafsandschani und das Religiöse Oberhaupt Khamenei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird. Ein aus Iran geflüchteter hochrangiger Geheimdienstmann will bald selber im Prozeß aussagen.

Die am zweiten Tag der Vernehmung des ehemaligen iranischen Staatspräsidenten Abolhassan Banisadr im Berliner „Mykonos-Prozeß“ von dem ehemaligen Weggefährten des Revolutionsführers Khomeinis gelieferten Informationen, erklärte Bundesanwalt Bruno Jost, seien so „konkret und brisant“, daß seine Behörde gegen die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens möglicherweise nicht umhinkomme.

Banisadr, der auch gestern von einem massiven Aufgebot an Sicherheitskräften geschützt wurde, hat neue schwere Vorwürfe über die Verwicklung der iranischen Staatsspitze in den vierfachen Mordanschlag auf kurdisch-iranische Oppositionspolitiker im September 1992 erhoben. Die den Anschuldigungen zugrundeliegenden Informationen hatte er erst am Vortag von einem im Frühjahr geflohenen hochrangigen früheren iranischen Geheimdienstmann erhalten.

Dem Informanten zufolge existieren eine schriftliche Genehmigung des Attentats von Ali Khamenei und auch Belege, daß Ali Hakbar Rafsandschani nicht nur das Attentat gebilligt habe, sondern bereits bei der Planung des Anschlags beteiligt gewesen sein soll.

Beide Vorwürfe will der hochrangige Geheimdienstler, den der Tagesspiegel gestern als den wichtigsten Informanten Banisadr nannte, im „Mykonos“-Prozeß belegen.

In Teheran haben die Vorwürfe Banisadr heftige Reaktionen ausgelöst. Der Chef der iranischen Justiz, Ayatollah Jasdi, kritisierte die deutsche Justiz. Die Zeugnisse eines „Gestürzten und Geflüchteten“ hätten keine Glaubwürdigkeit, und die deutsche Justiz müsse darauf achten, „ihre Glaubwürdigkeit nicht durch politische Einflüsse aufs Spiel zu setzen“, sagte er. In Bonn wies der stellvertretende Regierungssprecher Herbert Schmülling die Vorwürfe Banisadr, Staatsminister Schmidbauer habe mit Iran über eine Freilassung der Täter verhandelt, als „absurd“ zurück. Die Aussagen Banisadr würden vom Außenministerium „genauestens analysiert“. Der Sprecher des Bonner Außenministeriums, Martin Erdmann, sagte, daß es in den nächsten Tagen eine Bewertung der deutschen Politik gegenüber Iran geben werde, ohne daß dies öffentlich geschehen müsse.

■ SEITE 3 UND MEINUNGSSEITE:
„BONN UNTER DRUCK“